



Internationale Katholische
Friedensbewegung

Kommission
Solidarität mit
Zentralafrika

Factsheet

Dramatische Lage im Sudan – Größte humanitäre Krise der Welt

Einführung

Im April 2023 eskalierte ein innenpolitischer Konflikt zum offenen Krieg im Sudan. Dies führte innerhalb kurzer Zeit zu der weltweit größten humanitären Krise unserer Zeit: Schätzungen zufolge fielen seit April 2023 über hunderttausend Menschen den Kampfhandlungen zum Opfer, darunter zahlreiche Zivilisten. Die öffentliche Ordnung ist in weiten Teilen des Landes zusammengebrochen. Mindestens zwölf Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht, die meisten davon innerhalb des Sudans, ein Teil in den Nachbarstaaten. Millionen von Kindern erhalten seit bald drei Jahren keine Schulbildung mehr. Die Versorgungslage ist insgesamt äußerst prekär. Millionen Menschen leiden Hunger. Angesichts des machtlosen Staates brechen alte Konflikte zwischen Volksgruppen gewaltsam auf. Das gilt nicht nur in der Region um die Stadt Al-Fascher, bei deren Eroberung die Sieger eigenhändig aufgenommene Videoclips von willkürlichen Exekutionen unter anderem in einem Krankenhaus, Massenvergewaltigungen und Folter in den sozialen Medien verbreiteten.



Konfliktursachen und Dynamik

Der Ausbruch dieses Konflikts geht auf den Machtkampf zwischen den sudanesischen Streitkräften (SAF) unter Abdel Fattah al-Burhan und den paramilitärischen sogenannten Rapid Support Forces (RSF) unter Mohamed Hamdan "Hemedti" Dagalo zurück. Auslöser war das Scheitern der Integration der RSF in die reguläre Armee. Im Kern geht es um die Kontrolle über Staat, Ressourcen und strategische Infrastruktur, darunter Goldvorkommen und den Zugang zum Roten Meer. Neben SAF und RSF sind in Regionen wie Darfur und South Kordofan auch zahlreiche Milizen und Rebellengruppen aktiv, was zu einer zunehmenden Fragmentierung des Konflikts führt.

Hintergrund

Der Sturz des langjährigen Diktators Omar al-Bashirs 2019 folgte auf Massenproteste, maßgeblich getragen von jungen Menschen. Die hoffnungsvolle Übergangsregierung scheiterte, es kam zu neuen Machtkämpfen, zuletzt mit dem Militärputsch im Oktober 2021, bei dem al-Burhan und Dagalo zusammenwirkten. Erklärtes Ziel war eine Übergangsregierung, die den Weg zu einer vom Volk gewählten Regierung freimachen sollte. Dazu kam es jedoch nicht, stattdessen entzweiten sich die Verbündeten und rissen ein ganzes Land mit sich.



Humanitäre, strategische und regionale Folgen

- Über zwölf Millionen Binnenvertriebene und Flüchtlinge, Millionen ohne Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung
- Insgesamt sind über 25 Millionen Menschen, darunter rund 14 Millionen Kinder, auf humanitäre Hilfe angewiesen, viele Kinder besuchen keine Schule mehr
- Weitgehender Kollaps von Gesundheitssystem und Versorgungsketten
- Zunahme lokaler Gewalt, ethnischer Konflikte, Radikalisierung – insbesondere im Westen (Darfur)
- Regionale Destabilisierung, neue Fluchtbewegungen und wachsende Risiken für benachbarte Staaten im gesamten Horn von Afrika

Interne Machtkämpfe und externe Einmischung

Der Konflikt wird zwischen SAF und RSF ausgetragen, aber durch ausländische Unterstützung weiter angeheizt. Die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen externer Akteure – darunter Vereinigte Arabische Emirate (insbesondere logistische und militärische Unterstützung für die RSF über Tschad und Libyen), Ägypten (enge Bindung an die SAF), Saudi-Arabien, der Iran und russische Akteure (Goldabbau, Verhandlungen über Militärpräsenz) – sind zentrale Triebkräfte. Die internationalen Vorwürfe gegen die Vereinigten Arabischen Emirate hinsichtlich Waffen- und Geldlieferungen an die RSF werden von diesen zurückgewiesen, die Lage bleibt Gegenstand diplomatischer Spannungen. Die Beweislage für Waffenlieferungen und auch vom Einsatz ausländischer Legionäre ist ziemlich eindeutig.

Vermittlungsversuche

Trotz diverser Vermittlungsinitiativen (UN, Afrikanische Union, Intergovernmental Authority on Development, EU, Golfstaaten und USA) konnten bislang keine nachhaltige Waffenruhe erzielt werden. Die internationale Gemeinschaft, darunter auch Deutschland, setzt sich weiterhin für eine sofortige Feuerpause, humanitären Zugang und einen politischen Prozess unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft ein.

Weitere Informationen

Sudan-Portal der Vereinten Nationen: sudan.un.org/en

Zur aktuellen Menschenrechtssituation in Kordofan: sudan.un.org/en/306506-un-human-rights-chief-warns-against-atrocities-sudan%E2%80%99s-kordofan-region?utm_source=chatgpt.com

Amnesty International zum Sudan: www.amnesty.org/en/location/africa/east-africa-the-horn-and-great-lakes/sudan/

Caritas internationalis zum Sudan: www.caritas.org/where-we-work-country/sudan/

Pax Christi International zum Sudan: paxchristi.net/webinars-sudan-speaks/

Vatican News zum Sudan: vaticannews.va/en/world/news/2026-01/more-lives-lost-as-sudan-prepares-to-mark-1-000-days-of-war.html

Wir appellieren an die Bundesregierung und an die Mitglieder des Bundestages:

- Sich für eine Luftbrücke zur humanitären Hilfe sowie für die Öffnung sicherer humanitärer Korridore zum Schutz für die Bevölkerung einzusetzen. Hierfür ist eine UN-Beobachtermission dringend erforderlich.
- Die humanitäre Hilfe für Sudan massiv zu erhöhen und entsprechend an die internationale Gemeinschaft zu appellieren
- Entschlossen diplomatischen Druck auf alle verantwortlichen Akteure, einschließlich ausländischer Unterstützer, auszuüben, insbesondere auf die Vereinigten Arabischen Emirate, um ein UN – Waffenembargo durchzusetzen. Die skrupellose internationale Unterstützung für die Konfliktparteien muss benannt und die entsprechenden Staaten politisch und völkerrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass keine Waffen aus deutscher Produktion in das Land gelangen.
- Sich im Sinne einer Friedensökonomie für eine kritische Untersuchung und entsprechende Steuerung der Lieferketten bei der Rohstoffausbeute, die letztlich die militärische Gewalt finanzieren, einzusetzen. Dabei sollen die Vereinten Nationen proaktiv beteiligt sein.
- Einen politischen Übergang zu unterstützen: Nur ein inklusiver und nachhaltiger politischer Prozess kann langfristig Frieden und eine zivile Regierung ermöglichen. Dazu muss eine Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen in Absprache mit allen Akteuren inklusive der Zivilgesellschaft eine Road Map erstellen.
- Sich weiterhin für die Unterstützung von afrikanisch geführten Vermittlungsinitiativen (z.B. AU/ IGAD) und die Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen einzusetzen.



Kontakt

pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Feldstraße 4, 13355 Berlin
030-20076780
sekretariat@paxchristi.de
www.paxchristi.de

Die internationale katholische Friedensbewegung arbeitet ökumenisch, verbindet Gebet und Aktion und tritt in über 60 Ländern für Frieden und Gerechtigkeit ein. Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen.

Autor:innen: pax christi-Kommission Solidarität mit Zentralafrika
Erscheinungsdatum: Januar 2026